

„Verschärfte Konflikte“

INTERVIEW Von China bis Venezuela – autoritäre Regime gehören zu den Gewinnern der Globalisierung. Der US-Ökonom Barry Eichengreen sagt, warum das nicht so bleiben wird.



Herr Professor Eichengreen, autoritäre Staaten gehören heute zu den dynamischsten Volkswirtschaften der Welt. Länder wie China, Russland oder Venezuela fordern den Westen und seine Werte heraus. Drohen Demokratien zu Verlierern dieses Ringens um Wohlstand zu werden?

Eichengreen: In der Tat begünstigt die derzeitige Phase der Globalisierung autoritäre Regime. Dennoch bleibe ich Optimist: Langfristig werden sich freie, demokratische Gesellschaften wirtschaftlich besser entwickeln.

In einer aktuellen Studie zeigen Sie, dass politische und wirtschaftliche Öffnung historisch Hand in Hand gehen. Dieser Zusammenhang scheint nicht mehr zu gelten: Russland wird undemokratischer, während es reicher wird; China wächst seit Jahren um gut 2 Prozentpunkte schneller als das demokratische Indien.

Eichengreen: Stimmt. Aber auch die indische Wirtschaft wächst mit 8 Prozent. Das ist nicht gerade ein vernichtendes Urteil für die Demokratie.

2 Prozentpunkte weniger Wachstum – ist das der Preis für zeitraubende demokratische Prozesse?

Eichengreen: Ich warne davor, die Entwicklung der vergangenen Jahre einfach in die Zukunft fortzuschreiben. Lassen Sie uns einen Moment beim Ver-

Barry Eichengreen

DER MENSCH: Der US-Ökonom Barry Eichengreen (54) ist einer der renommiertesten Analytiker der Globalisierung. Er lehrt an der Universität Berkeley bei San Francisco.

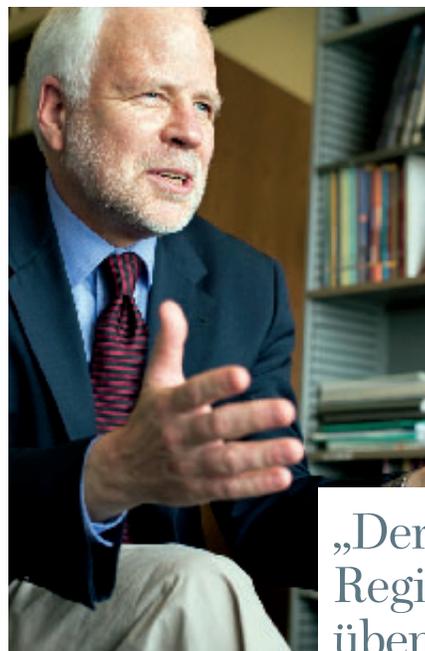
DAS THEMA: In einer kürzlich veröffentlichten Studie hat Eichengreen den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit erforscht (siehe Kasten Seite 108).

gleich der beiden großen asiatischen Volkswirtschaften bleiben. In vielerlei Hinsicht ist Indien für die Zukunft besser gerüstet als China – dank eines stabilen Bankensystems, gut regulierter Kapitalmärkte, einer vernünftig bewerteten Währung mit flexiblem Wechselkurs, die Deregulierung der Güter- und Arbeitsmärkte ist auf gutem Weg. China hingegen hat eine potenziell überhitzte Wirtschaft mit einem schwachen Bankensystem. Es gibt viele Gründe anzunehmen, dass Chinas Wachstum in den nächsten Jahren deutlich abnehmen, während Indiens anziehen wird. Auch an diesem Beispiel zeigt sich: Demokratien haben stabilere Wirtschaftsstrukturen.

Wie erklären Sie sich, dass China und andere autoritäre Staaten überhaupt so stark wachsen? Das entspricht nicht gerade der Lehrbuchweisheit.

Eichengreen: Autoritäre Regime können in den frühen Phasen des Wachstumsprozesses einige Vorteile ausspielen. Wenn es darum geht, Häfen, Straßen und Fabriken zu bauen – wenn also bekannte Dinge mit bekannten Technologien gemacht werden –, dann können Diktaturen die nötigen Mittel

schnell und effektiv bereitstellen. Deshalb wachsen diese Länder derzeit so stark. Aber um dauerhaft erfolgreich zu sein, müssen sie die technologische Leiter emporklettern – sie müssen innovativ werden und Entscheidungen unter



Unsicherheit treffen. Das können nur freie Unternehmer, die in einer Marktwirtschaft agieren. Deshalb wird Chinas zentrale Planungsbehörde künftig keinen Vorteil mehr gegenüber dem dezentralen System Indiens haben. Indien bietet das kreativere Klima – sehen Sie sich die IT-Industrie an ...

... die auch von der Tatsache profitiert, dass Englisch dort verbreitet ist.

Eichengreen: Das hilft, natürlich. Aber China kontrolliert das Internet. Websites werden gefiltert, die Verbreitung von Computern und der freie Zugang zu Informationen reglementiert. Wie in jedem anderen autoritären Regime auch. Unter diesen Bedingungen kann man keine Führungsposition in der Informationstechnologie erringen.

China kann das nicht innerhalb seines heutigen politischen Systems schaffen?

„Der Reiz, den diese Regime auf Manager ausüben, ist beunruhigend.“

Eichengreen: Ich kann es mir nicht vorstellen. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie autoritäre Regime langfristig das Wachstum behindern.

Die Zukunft gehört der Demokratie – auch wenn es derzeit nicht danach aussieht?

Eichengreen: Demokratien unterstützen den Wachstumsprozess durch eine Reihe von indirekten Einflüssen. Sie haben meist bessere Bildungssysteme. Der Wohlstand ist gleichmäßiger verteilt. Es gibt soziale Sicherheitsnetze. Sie schützen bürgerliche Freiheiten und erlauben den unkontrollierten Fluss von Informationen. All das sind Voraussetzungen für Risikobereitschaft, Kreativität und Innovation, ohne die es langfristig keine ökonomische Dynamik gibt.

Inzwischen existieren Regime neuen Typs – politisch autoritär und ökonomisch offen – wie China, Russland oder die Emirate am Persischen Golf. Kein tragfähiges Modell?

Eichengreen: Sie haben recht, dies sind keine Staaten wie früher die Sowjetunion. Aber sie alle haben einen sich verschärfenden Konflikt mitten in ihren Gesellschaften. Die Spannungen zwischen freier Wirtschaft und unfreier

Politik werden sich auf Dauer nicht unterdrücken lassen.

Was macht Sie so sicher, dass die Bevölkerungen dieser Länder überhaupt Freiheit im westlichen Sinne wollen?

Eichengreen: Die Menschen werden Freiheit und politische Mitbestimmungsrechte fordern, je wohlhabender sie werden. Wie der Rest der Menschheit auch. Das wird enorme Probleme für die Regime mit sich bringen. Dies ist übrigens ein weiterer Vorteil Indiens gegenüber China: Es ist eine stabile Demokratie. China hingegen stehen große politische Veränderungen bevor. Wie geordnet oder wie chaotisch dieser Prozess ablaufen wird, ist eine offene Frage.

Neben Ländern wie China sind es vor allem die Erfolge der Energieexporteure wie Venezuela oder Russland, die manchen im Westen nachdenklich machen. Für wie stabil halten Sie diese Petrokratien?

Eichengreen: Die hohen Rohstoffpreise sorgen momentan dafür, dass Leute wie Chavez und Putin über viel Geld verfügen. Damit können sie sich Gefolgschaft kaufen und ihre Herrschaft sichern. Aber das wird nicht so bleiben:

Das Wachstum der Weltwirtschaft, das derzeit so hoch ist wie seit 35 Jahren nicht, wird sich abschwächen. Dann werden die Rohstoffpreise sinken. Die Herrscher dieser Länder können sich nicht darauf verlassen, dass die guten Zeiten ewig dauern.

Andererseits kann die Weltwirtschaft noch auf Jahre so weiterwachsen. So lange müssen wir mit diesen Regimen klarkommen.

Eichengreen: Zweifellos richtig.

Die dynamischen Diktaturen üben auf etliche westliche Manager einen gewissen Reiz aus. Demokratien mit ihrer aufwendigen Suche nach Kompromissen erscheinen manchem als Bürde. Beunruhigend, oder?

Eichengreen: In der Tat. Und außerdem ökonomisch völlig fehlgeleitet.

Inwiefern?

Eichengreen: Wer die angebliche Effektivität von Diktaturen lobt, sollte mal an Indonesien vor zehn Jahren zurückdenken. Da hatte auch nur ein Einziger das Sagen: Suharto. Geschäfte in Indonesien zu machen galt damals als einfach, denn man brauchte sich nur mit einem seiner Brüder, Söhne oder Cousins

Die totalitäre Herausforderung

Globalisierung und Freiheit – ein Widerspruch?

Aktueller Befund: Die alte Gewissheit, dass ökonomische Öffnung politische Freiheit nach sich zieht, scheint aktuell nicht mehr zu gelten. In der derzeitigen Phase der Globalisierung gibt es jedenfalls viele dynamische Volkswirtschaften, deren autoritäre Führungen fest im Sattel sitzen. Von China über Weißrussland und Libyen bis Venezuela – rund um den Globus existiert heute ein System neuen Typs.

Langfristige Analyse: Barry Eichengreen und sein Kollege David Leblang haben den Zusammenhang zwischen Globalisierung und Demokratie für den Zeitraum 1870 bis 2000 empirisch untersucht. Ihre Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich langfristig wirtschaftliche und politische Freiheit bedingen: In historischen Phasen offener Güter- und Kapitalmärkte herrscht tendenziell auch ein relativ hohes Maß an politischer Freiheit. Die derzeitige Entwicklung wertet Barry Eichengreen in mm-Interview als Übergangspänomen – das allerdings wohl noch einige Jahre anhalten wird.

Wirtschaftswachstum ausgewählter

■ autoritär und ■ demokratisch regierter Länder im Vergleich (in Prozent)



*Durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2002 bis 2007; Werte für 2007: Prognose.

Quelle: IWF, eigene Berechnungen

zu verbünden. Das Problem war nur, dass niemand in diesem System Herrn Suharto daran hinderte, seine Ansicht zu ändern. Sie konnten morgen in Ungnade fallen. Außerdem erwies sich dieses Herrschaftssystem als wenig belastbar: Es brach im Zuge der Asien-Krise 1997/98 zusammen.

In diktatorischen Schwellenländern gibt es Menschenrechtsverletzungen, es fehlen unabhängige Gewerkschaften, Meinungsfreiheit, Streikrecht. Wie sollten westliche Konzerne mit diesen Defiziten umgehen?

Eichengreen: Ethische Grundsätze sind unteilbar. Sie gelten überall. Unternehmen können nicht im Ausland andere Verhaltensweisen an den Tag legen als zu Hause. Sie müssen sich überall an grundlegende internationale Standards halten: keine Schmiergelder zahlen, keine Zwangsarbeiter beschäftigen und dergleichen. Es ist vollkommen legitim,

dass westliche Gesetzgeber Regeln aufstellen, die unsere Firmen weltweit einhalten müssen. Wir müssen ganz klar machen, dass wir solche Praktiken für unakzeptabel halten.

Solange sich nur demokratische Staaten am Welthandel beteiligten, galt die Öffnung der Grenzen als wünschenswert. Das hat sich geändert: Immer mehr Leute, gerade in den USA, fordern Schutz vor Importen aus undemokratischen Ländern.

Eichengreen: Tatsächlich sehe ich eine neue Rechtfertigung für Protektionismus in begrenztem Umfang. Produkte, die unter Zwangsarbeit oder unmenschlichen Arbeitsbedingungen erzeugt wurden, sollten nicht in den USA verkauft werden dürfen. Aber damit das klar ist: Solche Argumente kommen in der derzeitigen Washingtoner Debatte gar nicht vor. Dort werden nur die niedrigen Löhne und Wechselkurse beschworen, die chi-

nesischen Exporten einen angeblich unfairen Vorteil verschaffen. Ich hatte gehofft, wir hätten solchen traditionellen Protektionismus hinter uns gelassen.

Man könnte argumentieren: Wer den Bürgern das Recht auf Versammlungsfreiheit und auf freie Gewerkschaften vorenthält, betreibt eine Form von Lohndumping – die Löhne sind niedriger als sie wären, wenn unsere Grundrechte dort gelten würden.

Eichengreen: Das ist wohl so. Und ich halte es auch für gut, dass US-Präsident Bush und Finanzminister Paulson diese Themen in einem strategischen Dialog ansprechen. Sie tun das klugerweise hinter verschlossenen Türen. Hingegen würde der vorgeschlagene Strafzoll von 27,5 Prozent auf alle US-Importe aus China die Fronten nur verhärten – den dortigen Arbeitern hilft man damit jedenfalls nicht. Im Übrigen gelten immer noch die grundlegenden Argumente für Freihandel: Wenn arme Arbeiter freiwillig vom Land in die Städte ziehen, um dort unter sehr bescheidenen, aber immer noch besseren Bedingungen als in ihrer Heimat zu arbeiten, dann sollten wir das nicht moralisch verurteilen und als Sozialdumping diffamieren.

Manche Leute fürchten sich vor einem weltweiten Absenken der Sozial-, Umwelt- und sonstigen Standards. Zu Unrecht?

Eichengreen: Natürlich gibt es Druck auf die reichen Länder. Aber: Solange wir unsere Produktivität weiter steigern, können wir uns auch höhere Standards leisten. Nehmen Sie Kalifornien, wo ich lebe: Wir sind in vielerlei Hinsicht strikter reguliert als andere Staaten, nicht zuletzt was den Umweltschutz angeht. Trotzdem verschwinden die Unternehmen nicht aus Kalifornien.

Nicht wir müssen uns den Unrechtsstaaten anpassen, sondern die Globalisierung zwingt sie, freie Gesellschaften zu werden?

Eichengreen: Ja, Wettbewerb führt nicht zu einem „Race to the Bottom“, sondern zu einem Ringen um höhere Produktivität. Das wird irgendwann auch in bislang autoritären Staaten passieren: Die Öffnung der Wirtschaft zwingt zu immer weiter steigender Produktivität – und das erreichen dauerhaft nur freie, humane Gesellschaften. ◆

Das Interview führte mm-Redakteur Henrik Müller.